



Bundesministerium
des Innern

POSTANSCHRIFT Bundesministerium des Innern, 11014 Berlin

Frau
Ulla Jelpke, MdB
11011 Berlin

HAUSANSCHRIFT Alt-Moabit 140, 10557 Berlin

POSTANSCHRIFT 11014 Berlin

TEL +49 (0)30 18 681-11117

FAX +49 (0)30 18 681-11019

INTERNET www.bmi.bund.de

DATUM 4. November 2015

BETREFF **Ihre Fragen 29 und 30 für die Fragestunde des Deutschen Bundestages am
4. November 2015**

Sehr geehrte Frau Abgeordnete,

auf die von Ihnen gestellten Fragen übersende ich die beigefügten Antworten.

Mit freundlichen Grüßen
in Vertretung

Dr. Günter Krings

ZUSTELL- UND LIEFERANSCHRIFT Alt-Moabit 140, 10557 Berlin

VERKEHRSANBINDUNG S-Bahnhof Berlin Hauptbahnhof

Bushaltestelle Berlin Hauptbahnhof

Fragestunde im Deutschen Bundestag am 4. November 2015
Frage 30 der Abgeordneten Ulla Jelpke

Frage:

Welche Regionen Afghanistans sind nach Einschätzung der Bundesregierung ausreichend sicher, um abgelehnte Asylsuchende dorthin abzuschicken, ohne dass sie dort einer hohen Gefahr der Verfolgung durch staatliche, internationale oder nicht-staatliche Kräfte (OMF, Warlords usw.) ausgesetzt sind, insbesondere vor dem Hintergrund der kürzlich erfolgten vorübergehenden Einnahme der Stadt Kunduz durch Aufständische sowie wiederholt durchgeführter terroristischer Aktivitäten der Aufständischen in der Hauptstadt Kabul, und wie erklärt sich die Bundesregierung den Widerspruch zwischen der Aussage des Bundesministers des Innern, er sei sich mit der afghanischen Regierung "einig" darin, dass Angehörige der afghanischen Mittelschicht nicht nach Deutschland fliehen sollten (Statement des Ministers am 28. Oktober 2015) sowie der Aussage des afghanischen Ministers für Flüchtlingsangelegenheiten, Deutschland solle mehr afghanische Flüchtlinge aufnehmen und keine Asylsuchenden abschieben (Deutsche Welle, 28. Oktober 2015)?

Antwort:

Die Sicherheitslage weist in Afghanistan deutliche regionale Unterschiede auf. Regionen mit aktiven Kampfhandlungen, wie beispielsweise Kundus, stehen andere gegenüber, in denen die Lage trotz punktueller Sicherheitsvorfälle vergleichsweise stabil ist, wie zum Beispiel derzeit in Kabul, Bamiyan oder Masar-e Scharif. Dabei können keine pauschalen Aussagen für einzelne Landesteile getroffen werden, sondern die Gefährdung muss jeweils auch mit Hinblick auf den spezifischen Fall und die aktuelle Lage beurteilt werden.

Sowohl die Bundesregierung als auch die afghanische Regierung weisen die Aussagen des afghanischen Ministers für Flüchtlingsangelegenheiten, Sayed Hussain Alimi Balkhi, zu geplanten verstärkten Abschiebungen von afghanischen Flüchtlingen aus Deutschland als isolierte Einzelmeinung zurück. Ganz im Gegenteil ist die afghanische Regierung seit Wochen darum bemüht, sich u.a. mit einer Kommunikationskampagne ganz gezielt für einen Verbleib der Bevölkerung im Land einzusetzen. Die Bundesregierung unterstützt die Bemühungen der europäischen Kommission (gem. der am 25.10. in Brüssel veröffentlichten Erklärung des Präsidenten der Europäischen Kommission und der Staats- und Regierungschefs über Flüchtlingsströme auf der Westbalkanroute), die praktische Zusammenarbeit über Rückführungsfragen mit Afghanistan zu intensivieren.